

Thomas Sablowski, Etienne Schneider und Felix Syrovatka

---

## Zehn Jahre Krise Regulation des Lohnverhältnisses und ungleiche Entwicklung in der Europäischen Union

Im Herbst 2008 erreichte die Kernschmelze im globalen Finanzsystem ihren Höhepunkt. Infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise verloren Kapitalanleger das Vertrauen in die Zahlungsfähigkeit von Staaten mit einer schwachen Produktionsstruktur wie Griechenland; die Zinsen, die diese Länder für ihre Staatsanleihen zu zahlen hatten, schossen in die Höhe. Um die Refinanzierung der Schulden zu gewährleisten und ein Auseinanderbrechen der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) zu verhindern, weiteten die Eurostaaten die Vergemeinschaftung von Krediten bzw. die gemeinschaftliche Haftung für Kreditrisiken über die Europäische Zentralbank (EZB), die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) und den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) sukzessive aus. Neue Kredite und Bürgschaften wurden jedoch nur gegen harte Sparauflagen gewährt. Aus der Perspektive der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik war dies notwendig, um eine strukturelle Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit in den betroffenen Staaten zu erreichen.

Nach zehn Jahren Krise stellt sich die Frage, welche Auswirkungen sich aus dem bisherigen Krisenmanagement der EU ergeben. Hierbei zeigt sich zunächst, dass das Lohnverhältnis stärker europäisiert wurde. Es ist unter neoliberal-autoritärem Vorzeichen zu einer deutlichen Verlagerung von arbeitsmarkt- und lohnpolitischen Kompetenzen auf die europäische Ebene gekommen (Abschnitt 1). Wir vertreten die These, dass die Eurokrise durch die autoritäre Bearbeitung vor allem auf Kosten der Lohnabhängigen in Südeuropa (Abschnitt 2) zwar vorläufig überwunden wurde, die ihr zugrunde liegenden Ursachen durch die einseitige Konzentration auf die Lohnentwicklung jedoch nicht beseitigt wurden: Die Divergenzen zwischen den Mitgliedstaaten der EU sind nicht verschwunden, sondern teilweise sogar noch größer geworden (Abschnitt 3). Die grundlegenden Widersprüche der europäischen Integration und vor allem der WWU bleiben bestehen und brechen nun an anderen Stellen auf – aktuell insbesondere in Italien (Abschnitt 4) und in der sich abzeichnenden Krise der neomerkantilistischen Exportstrategie Deutschlands. Insgesamt ist die Krisenbearbeitung durch eine

widersprüchliche Entwicklung gekennzeichnet: Während die Krise einerseits zu einer Vertiefung der Integration im Bereich der Regulation des Lohnverhältnisses geführt hat, verschärfte sich andererseits die ungleiche Entwicklung der EU-Staaten, womit eine Tendenz der Desintegration verbunden ist. Obwohl sich beide Entwicklungstendenzen nicht unabhängig voneinander entfalten, stellen wir sie zunächst gesondert dar, um dann in der Schlussfolgerung eine Gesamtschätzung dieser Entwicklungen vorzunehmen.

Anders als die herkömmlichen Interpretationen der Eurokrise gehen wir nicht davon aus, dass die Zahlungsbilanzungleichgewichte in erster Linie durch zu hohe Löhne in den Defizitländern (so die neoliberale Lesart) oder durch zu niedrige Löhne in den Überschussländern (so die keynesianische Lesart) verursacht werden. Hinter den Zahlungsbilanzungleichgewichten steht vielmehr eine ungleiche internationale Arbeitsteilung, die nur zum Teil durch die Lohnentwicklung bestimmt wird; letztere ist ein untergeordneter Faktor gegenüber den strukturellen Differenzen zwischen den Produktionssystemen der verschiedenen Länder (vgl. Storm/Naastepad 2015). Folgt man den Überlegungen der marxistischen Internationalisierungsdiskussion (Deubner u.a. 1979), so beruhen diese Differenzen innerhalb der hierarchischen internationalen Arbeitsteilung nicht auf komparativen Kostenvorteilen bzw. preislicher Wettbewerbsfähigkeit, sondern in erster Linie auf der sektoralen Zusammensetzung eines Produktionssystems. Eine übergeordnete bzw. dominante Position in der internationalen Arbeitsteilung ergibt sich aus der Kapazität einiger weniger kohärenter Produktionssysteme, komplexe Produktionsmittel und insbesondere Produktionsmittel zur Herstellung anderer Produktionsmittel eigenständig herzustellen. Hierzu zählen vor allem die Bereiche Maschinenbau, Elektrotechnik und chemische Industrie. Durch den Export dieser Investitionsgüter setzen die dominanten Produktionssysteme die Grundlagen der Produktion („*terms of production*“) (Schlupp 1979: 18) in allen weiteren Sektoren, in weniger kohärenten bis desintegrierten und insofern peripheren Produktionssystemen, was strukturelle Importabhängigkeiten und technologische Abhängigkeit begründet. In ähnlicher Weise hebt auch die aktuelle Diskussion in der heterodoxen Wirtschaftswissenschaft und Evolutionsökonomik die Bedeutung der Technologieentwicklung und Produktkomplexität gegenüber Faktoren preislicher Wettbewerbsfähigkeit hervor (Tacchella u.a. 2012; Dosi u.a. 2015). Produktionssysteme zeichnen sich auch durch hochgradig unterschiedliche Fähigkeiten, Produktinnovationen zu generieren und die Produktlebenszyklen zu kontrollieren, sowie durch unterschiedliche Entwicklungen der Arbeitsproduktivität aus.

Ausgehend von diesen Grundannahmen sehen wir die Ursachen der Eurokrise in erster Linie in der ungleichen Entwicklung der europäischen Arbeitsteilung sowie der Produktionssysteme und nicht in der Lohnentwicklung. Die europäische Arbeitsteilung wurde nicht nur durch die strukturelle Überlegenheit des

deutschen Produktionssystem, sondern auch durch die Transformationen in Osteuropa, China und weiteren sich neu industrialisierenden Ländern geprägt. Durch diese Prozesse hat sich die Konkurrenz *innerhalb* der kapitalistischen Peripherie erheblich verschärft. Lohndifferenzen spielen hierbei zwischen den verschiedenen Ländern der Peripherie mit untergeordneten Produktionssystemen durchaus eine Rolle. Aber auch hier sind die Lohnkosten keineswegs der einzige Faktor, der die Profitabilität der Produktion und die Standortentscheidungen bestimmt. Die Umschlagszeit des Kapitals spielt beispielsweise auch eine wichtige Rolle, und hier zählt in der internationalisierten Produktion etwa die räumliche Nähe der Visegrád-Staaten zu Deutschland (siehe Becker in dieser Ausgabe).

Im Ergebnis dieser Prozesse musste die südeuropäische Peripherie einen erheblichen Bedeutungsverlust hinnehmen (vgl. Heine/Sablowski 2015). Die Abwertung Südeuropas in der internationalen und innereuropäischen Arbeitsteilung wurde vor der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise durch einen kreditfinanzierten Nachfrageboom überdeckt, der in Südeuropa im Vergleich zu den altindustriellen Zentren mit hohen Wachstumsraten des Sozialprodukts und einer hohen Profitabilität des Kapitals verbunden war (vgl. Milios/Sotiropoulos 2010). Dazu hat maßgeblich die WWU beigetragen, die in Südeuropa vor der Krise zu stark sinkenden Realzinsen und damit zu einer größeren Attraktivität der Kreditaufnahme geführt hat. Die Kehrseite dieses kreditfinanzierten Booms waren hohe Kapitalzuflüsse aus dem Ausland und ein verstärkter Importsog mit der Konsequenz wachsender Leistungsbilanzdefizite.

Die genannten Zusammenhänge werden in der herrschenden Krisendeutung mit ihrem einseitigen Fokus auf der Anpassung des Lohnverhältnisses zur Steigerung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit weitgehend ausgeblendet. Da die hierauf aufbauende Austeritäts- und Strukturanpassungspolitik jedoch ab 2010 in der EU wirkmächtig geworden ist, beleuchten wir hier zunächst deren Resultate, bevor wir uns im zweiten Teil dieses Beitrags der Entwicklung der ungleichen europäischen Arbeitsteilung seit der Krise zuwenden.

## 1. Europäisierung des Lohnverhältnisses?

Seit dem Ausbruch der jüngsten Krise kann eine weitere Vertiefung der europäischen Integration beobachtet werden. So wurde ein „integriertes makroökonomisches Steuerungs-Regime“ (Seikel 2017) durchgesetzt, das sich – neben dem Fokus auf Haushaltskonsolidierung – vor allem auf die unterschiedlichen Formen der Regulation des Lohnverhältnisses in den Mitgliedsstaaten konzentriert. Nicht zuletzt im Bereich der Arbeitsmarktpolitik kam es zu einer deutlichen Erweiterung der Kompetenzen der EU.

Hierbei wurden Gewerkschaften gleichsam zum Hemmnis der Marktkoordination und des möglichen Wirtschafts- und Beschäftigungswachstums erklärt (COM 2012; Keune 2016). Ihre Lohnsetzungsmacht galt es fortan zu reduzieren und ihre Organisationsmacht zu schwächen (Schulten/Müller 2013). Kern der neuen europäischen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik ist der Politikzyklus des Europäischen Semesters, welches die Koordination und Überwachung der nationalen Wirtschafts-, Fiskal-, Arbeits-, und Sozialpolitiken gewährleisten soll (Rödl 2012). 2011 und 2013 wurde es durch zwei Legislativpakete der Kommission reformiert und in seiner beschäftigungspolitischen Schwerpunktsetzung gestärkt. Mit dem sogenannten SixPack wurde ein System der haushaltspolitischen und makroökonomischen Überwachung eingeführt, das auf Grundlage zuvor festgelegter Indikatoren frühzeitig makroökonomische Ungleichgewichte erkennen und beheben soll. Dabei dürfen Lohnzuwächse den Referenzwert von 9 Prozent in drei Jahren nicht überschreiten. Verknüpft ist dieses Überwachungssystem mit einem Strafmechanismus: Werden politische Empfehlungen der Kommission nicht umgesetzt, kann sie einen umfassenden Korrekturmaßnahmenplan verlangen und auch finanzielle Sanktionen verhängen. Nicht selten umfassten die politischen Empfehlungen im Rahmen des „Verfahrens bei einem übermäßigen Ungleichgewicht“ arbeitsmarkt- und lohnpolitische Vorgaben.

Basierte die arbeitsmarktpolitische Koordinierung vor der Krise auf der freiwilligen Verpflichtung der Mitgliedstaaten zur Umsetzung politischer Empfehlungen, so wurde mit der Einführung finanzieller Strafen erstmals ein hartes Sanktionsinstrument etabliert (Schulten/Müller 2013). Während die Empfehlungen des Europäischen Semesters zunächst rechtlich unverbindlich sind, können sie im Rahmen des Verfahrens bei übermäßigen Haushaltsdefiziten oder übermäßigen makroökonomischer Ungleichgewichten verbindlich und ihre Nichterfüllung sanktioniert werden. 2014 wurde die Verbindlichkeit durch eine Reform der Regional- und Strukturpolitik erneut gestärkt. Mit der Förderperiode 2014–2020 wurde die Auszahlung von Strukturmitteln an die Bedingung der erfolgreichen Umsetzung der jeweiligen länderspezifischen Empfehlungen gekoppelt (COM 2015).<sup>1</sup> Der Europäischen Kommission ist es nun möglich, durch verbindliche Vorgaben und Empfehlungen in jene arbeitspolitischen Bereiche vorzudringen, deren Regelung ihr nach europäischem Primärrecht eigentlich entzogen ist (Schulten/Müller 2013; Müller/Schulten 2018).

Dem Europäischen Semester sind zwei weitere Krisenbearbeitungsmechanismen zur Seite gestellt. Zum einen ist hier die Troika aus IWF, EZB und Europäischer Kommission zu nennen, zu der ab 2015 noch der ESM kam. Ihre Aufgabe

---

1 So wurden etwa Portugal und Spanien im Jahr 2017 die Strukturmittel eingefroren, da sie die Vorgaben aus den länderspezifischen Empfehlungen nicht erfüllten.

ist es, Bedingungen für die Vergabe von Krediten an von Zahlungsunfähigkeit betroffene Staaten zu formulieren und deren Implementierung und Einhaltung zu überwachen. Die als „Strukturreformen“ bezeichneten Vorgaben der Troika sahen tiefgreifende Veränderungen der Arbeitsmarkt- und Lohnregime der betroffenen Mitgliedstaaten vor. Die betroffenen Regierungen müssen sämtliche wirtschafts-, arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Maßnahmen im Vorfeld mit der Troika abstimmen, womit für die „Programmländer“ eine eigenständige Politik weitgehend blockiert ist. Dieser Interventionsform unterliegen alle europäischen Mitgliedstaaten, die Gelder aus den europäischen „Rettungsschirmen“ beantragen (Keune 2016; Müller 2015).

Zum anderen muss die politische Rolle der EZB hervorgehoben werden. Diese hatte im Zuge der Krise mehrfach ihre geldpolitische Macht genutzt, um politische Forderungen gegen den Widerstand demokratisch gewählter Regierungen durchzusetzen (Schneider 2017). Dabei drängte die EZB nicht zuletzt auf strukturelle Reformen im Bereich der Arbeitsmarkt- und Tarifpolitik. Der wohl prominenteste Fall direkter politischer Einflussnahme ist mit einem Brief der EZB an Italien vom 5.8.2011 dokumentiert, worin sie drohte, den Ankauf von Staatsanleihen einzustellen, sollte die italienische Regierung nicht innerhalb von zwei Monaten die geforderten strukturellen Reformen umsetzen. Dazu gehörten u.a. die Verbetrieblichung der Tarifverhandlungen, Lohnkürzungen im öffentlichen Dienst und der Abbau des Kündigungsschutzes (Weissenbacher 2012). Einen ähnlichen Brief schrieb die EZB auch an die spanische Regierung<sup>2</sup>. Hier entwickelt sich der Anpassungsdruck auf die Nationalstaaten aus dem Zusammenspiel von Marktmechanismen und der direkten Androhung des Liquiditätsentzugs. Auch die Deckelung der Liquiditätszufuhr an das griechische Bankensystem durch die EZB war 2015 ausschlaggebend für die Entscheidung der griechischen Regierung, sich den Forderungen nach einem dritten Memorandum zu beugen. Wurde diese Politik von der EZB anfangs noch informell betrieben, ist sie seit ihrer Ankündigung aus dem Jahr 2012, notfalls unbegrenzt Staatsanleihen aufzukaufen, wenn sich das betroffene Land zu strukturellen Reformen bereit erklärt, offizielle Zentralbankpolitik (Silva u.a. 2017).

Die europäische Arbeitsmarktpolitik wurde insgesamt verbindlicher und autoritärer. Durch Ad-hoc-Maßnahmen wurde ein umfassendes Kontroll-, Überwachungs- und Bestrafungssystem geschaffen, das den europäischen Institutionen

---

2 Bisher sind nur die Briefe an Spanien und Italien öffentlich zugänglich. Da es sich um vertrauliche Briefe handelte, ist nicht bekannt, an wie viele Länder die EZB bisher „Drohbriefe“ verschickt hat. In einem Interview betonte Jean-Claude Trichet, dass solche Briefe regelmäßig von der EZB an die einzelnen Regierungen im Euroraum verschickt werden (EZB 2011).

ermöglichte, direkten Einfluss auf die Ausgestaltung von arbeitsmarkt- und lohnpolitischen Reformen zu nehmen sowie Maßnahmen von den Mitgliedstaaten zu verlangen (Erne 2015). Dadurch fand nicht nur eine erhebliche Verlagerung von Steuerungskompetenzen von der nationalen auf die europäische Ebene und eine tendenzielle Beschneidung nationaler Handlungsspielräume statt, sondern zugleich auch eine massive Einschränkung gewerkschaftlicher Handlungsspielräume (Müller/Platzer 2016). In Anlehnung an Müller/Schulten (2018) lässt sich daher von einem „europäischen Interventionismus“ sprechen, der die Arbeitsmarkt-, Lohn- und Sozialpolitik adressiert. Dessen Durchsetzungsmacht hängt dabei freilich von den Kräften innerhalb der Nationalstaaten ab, die die europäischen Vorgaben tragen und umsetzen müssen (Syrovatka 2018).

In fast allen EU-Mitgliedstaaten wurden die Arbeitsmarktreformen der letzten Jahre durch Empfehlungen der Kommission oder Vorgaben der Troika oder des Europäischen Semesters induziert. So gingen beispielsweise auch die arbeitsmarktpolitischen Reformen in Frankreich und Italien auf den Druck und die Interventionen der Kommission zurück (Syrovatka 2016; Meardi 2014). Auch der sogenannte Wettbewerbspakt, der 2016 in Finnland verabschiedet wurde und u.a. einen Lohnstopp und eine Verlängerung der Arbeitszeit vorsieht, wurde durch die länderspezifischen Empfehlungen der Europäischen Kommission beeinflusst (Müller/Schulten 2018).

## 2. Krisenlösung auf Kosten der Lohnabhängigen?<sup>3</sup>

Auch wenn die europäische Ebene weiterhin nur ein Faktor in der Entwicklung der nationalen Arbeitsmärkte ist, so hatten die veränderten europäischen Regelungs- und Steuerungsstrukturen Einfluss auf die Lohnentwicklung in der EU (Lübker/Schulten 2017). Trotz des Aufschwungs in den meisten EU-Ländern und steigender Beschäftigung bleibt die Lohnentwicklung insgesamt gedämpft. Verschiedene Studien kommen zu dem Ergebnis, dass die drei klassischen Variablen Arbeitslosigkeit, Inflation und Produktivität heute weniger Einfluss auf die Lohnentwicklung haben als vor der Krise (Hong u.a. 2018; Deutsche Bundesbank 2018). Die Abnahme der Tarifbindung, die Dezentralisierung der Lohnfindung, der Anstieg prekärer Arbeitsverhältnisse sowie unfreiwillige Teilzeitarbeit führten zu einer Verlangsamung des Lohnwachstums. Diese Entwicklungen gab

---

3 Die Zahlen in diesem Abschnitt beziehen sich, falls keine anderen Quellen angegeben sind, auf die AMECO-Datenbank sowie die Labour Force Survey-Datenbank von Eurostat 2018.

es zwar auch schon vor der Krise, sie wurden jedoch durch den europäischen Interventionismus forciert, strukturell verankert und dynamisiert.

Dies zeigt sich, wenn man einen Blick auf die arbeitspolitischen Indikatoren wirft. In der EU und in der Eurozone ist die Arbeitslosenrate auf 7,6 bzw. 9,1 Prozent gesunken, womit sie nur noch leicht über dem Vorkrisenniveau liegt. Es existieren jedoch erhebliche Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten. Während Deutschland (3,8%) oder die Niederlande (4,9%) sowie einige Länder Mittel- und Osteuropas wie Tschechien (2,9%), Ungarn (4,3%) oder Polen (4,9%) eine niedrige Arbeitslosigkeit aufweisen, liegt sie in den südeuropäischen Peripherieländern wie Griechenland (21,5%) oder Spanien (17,2%) weiterhin deutlich über dem Vorkrisenniveau. Dennoch ist auch in diesen Ländern die Arbeitslosigkeit seit 2013 tendenziell gesunken.

Die Jugendarbeitslosigkeit bewegt sich allerdings mit 15,6 Prozent in der EU und 17,3 Prozent in der Eurozone weiterhin auf sehr hohem Niveau. In Griechenland sind 43 Prozent der Jugendlichen unter 24 Jahren arbeitslos, in Italien 31,7 Prozent, in Spanien 35 Prozent. Zudem ist ein großer Teil der neu geschaffenen Arbeitsplätze im Bereich atypischer Beschäftigung zu verorten, d.h., sie entsprechen nicht dem klassischen unbefristeten und sozialversicherungspflichtigen Normalarbeitsverhältnis. Insgesamt arbeitet in der EU fast jedeR zweite Lohnabhängige in einem atypischen Beschäftigungsverhältnis (Eichhorst/Tobsch 2017). War der Anteil dieser Beschäftigungsform zu Beginn der Krise zurückgegangen, da Beschäftigte in atypischen Beschäftigungsverhältnissen in der Regel zuerst entlassen wurden, so stieg die Zahl mit dem Beschäftigungsaufschwung ab 2014 wieder an. So sank mit dem Anstieg der Arbeitslosigkeit während der Krise in allen europäischen Mitgliedstaaten der Anteil befristeter Arbeitsverträge, da Unternehmen keine neuen Stellen schufen und befristete Arbeitsverträge auslaufen ließen. Mit dem Aufschwung seit 2014 ist wieder eine steigende Zahl befristeter Beschäftigungsverhältnisse zu beobachten. Die Niederlande (21,75%), Spanien (26,75%) und Frankreich (16,8%) stechen mit einem hohen Anteil an befristeten Arbeitsverträgen hervor.

Ein ähnliches Bild zeigt sich bei der Leiharbeit. Während ihr Anteil an der Gesamtheit der Beschäftigungsverhältnisse mit Beginn der Krise abgesackt war, stieg er ab 2010 wieder an. In vielen EU-Ländern begünstigten Reformen die Leiharbeit (Voss/Vitols 2013). Daran änderte auch die EU-Richtlinie zur Leiharbeit von 2008 wenig, die Mindeststandards definierte und den Grundsatz der Gleichbehandlung von Stammbeschäftigten und Leiharbeitern einführte (Ulber 2010). So stieg der Anteil der Leiharbeit an den gesamten Beschäftigungsverhältnissen in der EU von 1,7 Prozent (2008) auf 1,9 Prozent (2017) und im Euroraum von 2,2 Prozent auf 2,5 Prozent. Die Leiharbeit ist vor allem dort verbreitet, wo auch der Anteil befristeter Arbeitsverhältnisse hoch ist. In Irland (+1,5%),

Frankreich (+0,9%) und Deutschland (+0,7%) stieg der Anteil der Leiharbeit überdurchschnittlich stark. Für Irland und Frankreich kann dieser Anstieg auf die Arbeitsmarktreformen zurückgeführt werden, die von der Troika bzw. durch länderspezifische Empfehlungen der Kommission im Zuge des Europäischen Semesters eingefordert wurden (Komsopoulos 2015; Syrovatka 2018).

In vielen Ländern haben Reformen zudem zu einer Erosion der Tarifsysteme und zu tief greifenden Veränderungen der Lohnfindung geführt; die industriellen Beziehungen haben sich zuungunsten der Gewerkschaften entwickelt (Bieling/Buhr 2015). Vor allem in jenen Ländern, die Kredite aus den europäischen „Rettungsschirmen“ bekamen und unter der Aufsicht der Troika standen, kam es zu einer vollständigen Zerstörung der bestehenden Tarif- und Lohnfindungsstrukturen (Müller/Schulten 2018). In fast allen EU-Mitgliedstaaten lassen sich Dezentralisierungs- und Verbetrieblichungstendenzen sowie ein Rückgang der Tarifbindung beobachten (Müller/Platzer 2016). Beide Prozesse hängen eng miteinander zusammen, da die Verbetrieblichung von Tarifverhandlungen oftmals auch einen Austritt aus Arbeitgeberorganisationen zur Folge hat (Schulten 2012). Somit führen sie zu einer Verschiebung des Kräfteverhältnisses zuungunsten von Gewerkschaften und Lohnabhängigen.

Die Angriffe auf Gewerkschaften und bestehende Tarifstrukturen spiegeln sich auch in der Entwicklung der Tarifbindung wider. Auch hier kann ein allgemeiner Rückgang in der Krise festgestellt werden<sup>4</sup>. Insgesamt nahm die durchschnittliche Tarifbindung in der Krise europaweit zwischen 2009 und 2017 um 7,9 Prozentpunkte ab; im Jahr 2012 lag sie bei durchschnittlich 57 Prozent. Seitdem ist ein negativer Trend zu erkennen, auch wenn für die EU keine aktuelleren Daten mehr zu Verfügung stehen. So sank die Tarifbindung etwa in Rumänien, welches auch unter der Aufsicht der Troika stand, zwischen 2007 und 2017 um 63 Prozentpunkte, was einer faktischen Abschaffung von Tarifverträgen gleichkommt. Während 2007 noch 98 Prozent aller Arbeitnehmer unter einen Tarifvertrag fielen, waren es zehn Jahre später nur noch 35 Prozent.

Ähnlich sieht es in Griechenland aus, wo es bis 2013 einen dramatischen Verfall der Tarifbindung von 83 Prozent auf 40 Prozent aller Lohnabhängigen gegeben hat. Seitdem werden in Griechenland vonseiten des Staates keine Daten mehr über den Zustand der Tarifbindung erhoben. Nach Angaben des Forschungsinstituts INE (2017: 114) des griechischen Gewerkschaftsdachverbandes GSEE gingen

---

4 Es existieren keine harmonisierten und vergleichbaren Daten über die Tarifabdeckung in der EU. Die hier genannten Daten basieren auf den Erhebungen der OECD sowie der ICTWSS Datenbank. Dies hat zur Folge, dass nur für 27 von 28 EU-Staaten Daten ausgewertet werden konnten, welche zugleich unterschiedlich alt sind. Zu den methodischen Schwierigkeiten von Tarifstatistiken in Europa siehe van Gyes/Vandekerckhove (2016).



2016 nur noch 6,55 Prozent aller Tarifabschlüsse über die Unternehmensebene hinaus; der Großteil aller Lohnverhandlungen findet individuell zwischen den einzelnen Lohnabhängigen und den Unternehmen statt<sup>5</sup>. In Portugal brach die Zahl tarifgebundener Beschäftigter von 1,9 Millionen auf 240.000 im Jahr 2013 ein, nachdem eine Tarifvertragsreform 2011 die Branchentarifverträge nahezu abgeschafft hatte (Coelho 2018: 5).

Die Dezentralisierung der Tarifverhandlungen und die sinkende Tarifbindung haben sich negativ auf die Entwicklung der Tariflöhne ausgewirkt. So konnten die Gewerkschaften der Eurozone zwischen 2013 und 2017 nur eine verhaltene Steigerung der Tariflöhne von 1,58 Prozent aushandeln. Im Vergleich zu den frühen 2000er Jahren ist das Tariflohnwachstum in der Krise um mehr als ein Prozent zurückgegangen und stagniert derzeit bei etwa ein Prozent. Diese Entwicklung mag überraschen, hat doch die wirtschaftliche Entwicklung in der Eurozone seit 2013 erkennbar an Dynamik gewonnen, womit auch der lohnpolitische Verteilungsspielraum deutlich größer geworden ist (Lübker/Schulten 2017: 421). Der Rückgang der Tariflöhne und ihre Stagnation auch in Zeiten des konjunkturellen Aufschwungs sind Ausdruck der strukturellen, langfristigen Schwächung der Gewerkschaften durch die Arbeitsmarktreformen der Krisenjahre (Müller/Schulten 2018).

Die strukturelle Schwächung der Gewerkschaften zeigt sich auch mit Blick auf die Reallohnentwicklung. In der Krise kam es zu erheblichen Reallohnverlusten und seit 2013 ist nur ein moderater Anstieg zu verzeichnen. In neun europäischen Mitgliedstaaten lag das Reallohnniveau 2017 weiterhin unter dem Niveau von 2008. So sanken die Reallohne zwischen 2009 und 2017 in Griechenland (-26,04%), Kroatien (-13,26%), Zypern (-7,48%), Portugal (-4,8%), Spanien (-1,02%), Italien (-1,96%), Großbritannien (-1,46%), Ungarn (-4,73%) und Belgien (-0,55%).

Ein noch besserer Indikator für das veränderte Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit in der Krise ist die Entwicklung der Lohnquote. Sie sank in der Eurozone zwischen 2007 und 2016 um insgesamt 1,2 Prozent<sup>6</sup>. Dabei unterscheiden sich die Mitgliedstaaten in ihrer Entwicklung teils deutlich: Während die Lohnquote in Deutschland zwischen 2007 und 2016 um knapp 3 Prozent<sup>7</sup>

---

5 Diesen Hinweis und die Übersetzung aus dem Griechischen verdanken wir Ioannis Komsopoulos.

6 AMECO-Datenbank

7 Dabei muss jedoch betont werden, dass die Lohnquotenentwicklung in Deutschland aufgrund der deflationären Lohnpolitik der rot-grünen Bundesregierung im Zeitraum zwischen dem Jahr 2000 und 2007 stark rückläufig war.

zunahm, sank sie z.B. in Portugal und Rumänien um mehr als 4 Prozent<sup>8</sup>. Vor allem in jenen Ländern, welche von den Strukturreformen der Troika betroffen waren oder im Fokus der länderspezifischen Empfehlungen des Europäischen Semesters standen, ist seit 2010 eine rückläufige Lohnquote feststellbar.

Die Erosion der Tarifstrukturen und die Schwächung der Gewerkschaften haben massive Auswirkungen auf die makroökonomische Steuerungsfähigkeit der Eurozone. Wie Keune (2016: 213ff.) ausführt, ermöglicht eine flächendeckende Verbreitung von Tarifverträgen zentrale wirtschaftspolitische Steuerungsoptionen. Dazu sind jedoch starke Gewerkschaften und staatliche lohnpolitische Interventionen etwa über die Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen notwendig. Ein Blick auf den Organisationsgrad der Gewerkschaften und die Möglichkeiten staatlicher Lohnpolitik offenbart jedoch, dass nur noch in wenigen europäischen Mitgliedstaaten eine derartige Steuerung möglich wäre. Mit dem europäischen Interventionismus wurden lediglich Instrumente zur Begrenzung des Lohnwachstums durchgesetzt, während Instrumente einer effektiven makroökonomischen Steuerung geschwächt wurden. Dementsprechend konnte keine Konvergenz der Lohnentwicklung hergestellt werden. Vielmehr wurden die Divergenzen zwischen den Mitgliedstaaten festgeschrieben und mitunter sogar vergrößert. So betragen die durchschnittlichen Löhne und Gehälter in der verarbeitenden Industrie in Griechenland im Jahr 2008 etwa 48 Prozent derjenigen in Deutschland; im Jahr 2017 lagen die griechischen Löhne und Gehälter nur noch bei knapp 35 Prozent der deutschen.

### 3. Ungleiche Entwicklung: Die Vertiefung der Nord-Süd-Spaltung in der Krise

Fraglich ist, ob die Krisenbearbeitung auf Kosten der Lohnabhängigen insbesondere Südeuropas, die mit wachsenden Lohndivergenzen einherging, zu einer nachhaltigen Überwindung der Krise geführt hat.<sup>9</sup>

Betrachtet man zunächst die Entwicklung der Leistungsbilanzungleichgewichte, die häufig als Indikator für die Gesamtentwicklung der makroökonomischen Ungleichgewichte herangezogen werden, scheint die dominante Krisenbearbeitungsstrategie durchaus erfolgreich gewesen zu sein. War die Leistungsbilanz der Eurozone in der Krise zunächst negativ, so erzielt sie seit 2012 steigende Leistungsbilanzüberschüsse. Obwohl diese aktuell wieder leicht

---

8 AMECO-Datenbank

9 Wichtige Hinweise für diesen Abschnitt verdanken wir Jakob Hafele.

rückläufig sind, gehen sie noch immer weit über das Vorkrisenniveau hinaus.<sup>10</sup> Die Leistungsbilanzüberschüsse der Eurozone sind einerseits auf den Rückgang der Leistungsbilanzdefizite der südeuropäischen Peripherie und andererseits auf die wachsenden Leistungsbilanzüberschüsse Deutschlands zurückzuführen (EZB 2017).

Dieser allgemeinen Leistungsbilanzentwicklung liegen jedoch spezifische Tendenzen zugrunde, die für die Effektivitätsbewertung der Krisenbearbeitung entscheidender sind als die Betrachtung aggregierter Leistungsbilanzdaten. Zentral ist zunächst, dass der Rückgang der Leistungsbilanzdefizite seit 2012 durch den Verfall des Ölpreises stark begünstigt wurde: So sank der Anteil der Ölimporte am BIP der Eurozone zwischen 2013 und 2017 von ca. 3,5 Prozent auf ca. 1,5 Prozent (ebd.). Vom Rückgang der Leistungsbilanzdefizite der südeuropäischen Peripherie lässt sich wiederum nicht unmittelbar auf eine Verbesserung ihrer internationalen Wettbewerbsposition schließen. Einen wesentlichen Anteil am Ausgleich der Leistungsbilanzen der südlichen Peripherie der Eurozone hatte der krisen- und austeritätspolitisch bedingte Rückgang der effektiven Kaufkraft und folglich der Importe (vgl. u.a. Lindner 2017; Gräbner u.a. 2017; Heine/Sablowski 2015: 579). Im Zuge dessen verlagerten sich auch die Exportüberschüsse Deutschlands von der Eurozone zunehmend auf den Rest der Welt. Seit 2012 ist der deutsche Außenhandelsüberschuss gegenüber dem Rest der Welt größer als gegenüber der Eurozone; 2016 war er bereits doppelt so hoch (Deutsche Bundesbank 2017: 21).

Vergleicht man die Entwicklung von Importen und Exporten der südeuropäischen Peripherie, zeigt sich jedoch durchaus ein ambivalentes Bild: Die Importe der südeuropäischen Peripherie brachen vor allem 2008/2009 durch die Krise und danach durch die Austeritätspolitik ein, gleichzeitig zeichnet sich – mit der Ausnahme Griechenlands – seit 2013 eine Steigerung der Exporte ab. Inzwischen übersteigen diese das Vorkrisenniveau und tragen so ihrerseits zum Ausgleich der Leistungsbilanzen bei.

Dennoch gibt es eine Reihe von Anhaltspunkten, dass es seit der Krise nicht zu einem Abbau tieferliegender Ungleichgewichte, sondern vielmehr zu einer weiteren Erosion der Produktionsstrukturen der Peripherie und einer Verschärfung der Polarisierung innerhalb der Eurozone gekommen ist (vgl. auch: Gräbner u.a. 2017; grundlegend: Becker u.a. 2015; Schneider 2017: 28ff.).

Hierfür spricht zunächst die Entwicklung der Industrieproduktion. Während diese in Deutschland und Österreich kurz nach der Krise bereits wieder das Vorkrisenniveau (2007) überstieg, brach sie in der südeuropäischen Peripherie massiv und anhaltend ein. In Spanien und Griechenland hat die Industrieproduktion

---

10 Eine ähnliche, wenn auch weniger stark ausgeprägte Entwicklung zeichnet sich bei der Leistungsbilanz der gesamten EU ab.

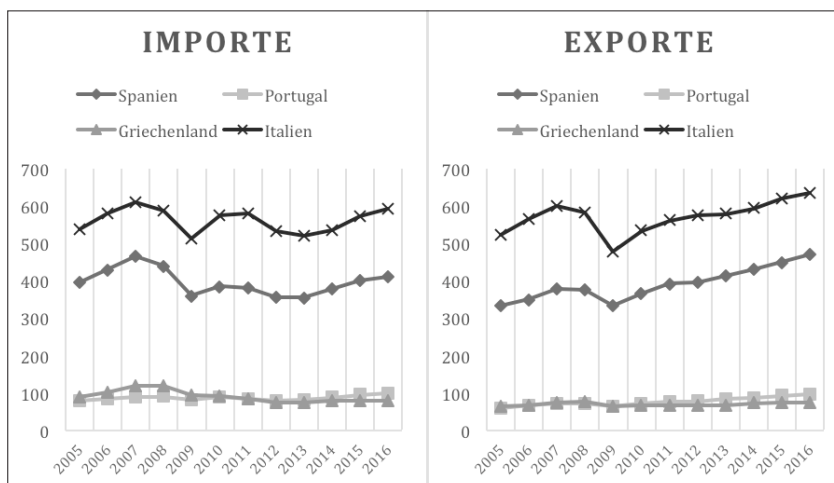


Abbildung 1: Importe und Exporte ausgewählter Krisenländer in Mrd. US-Dollar, konstante Preise (2010), Quelle: Weltbank, eigene Zusammenstellung.

noch nicht einmal 80 Prozent des Vorkrisenniveaus erreicht. Auch in Portugal und Italien liegt sie noch weit unter Vorkrisenniveau (Abb. 2). Aufgrund der Länge des Einbruchs ist anzunehmen, dass Produktionskapazitäten in der Peripherie nicht bloß unausgelastet blieben, sondern mittlerweile auch dauerhaft abgebaut wurden.

Ein weiterer Anhaltspunkt für die zunehmende Erosion der südeuropäischen Produktionsstrukturen ist die Entwicklung der sektoralen Exportzusammensetzung. Während in Deutschland und Österreich der Anteil der Sektoren Maschinen- und Fahrzeugbau, Elektrotechnik und chemische Industrie<sup>11</sup> an den gesamten Exporten 2007 bei 61,38 bzw. 50,13 Prozent lag und bis 2016 weiter anstieg (63,13% bzw. 51,78%), zeichnet sich bei den Ländern der südeuropäischen Peripherie eine Tendenz zur Reprimarisierung in der Exportstruktur ab – wenn auch in unterschiedlich starkem Ausmaß. So sank der Anteil jener Sektoren an den gesamten Exporten in Portugal im selben Zeitraum von 37,88 auf 35,45 Prozent, in Spanien von 50,48 auf 48,31 Prozent und im ohnehin bereits stark deindustrialisierten Griechenland von 24,32 auf 19,57 Prozent (UN 2018).

Auch die technologische Komplexität der südeuropäischen Produktionsstrukturen nahm – gemessen an dem sogenannten Economic Complexity Indicator<sup>12</sup>

11 Nach SITC1, code 5 („chemische Erzeugnisse“) und 7 („Maschinenbauerzeugnisse und Fahrzeuge“).

12 Der Economic Complexity Indicator des Harvard Center for International Development setzt sich zusammen aus dem Grad der Diversität der Exporte eines Landes und dem Grad ihrer Seltenheit bzw. Einzigartigkeit (CID 2018).

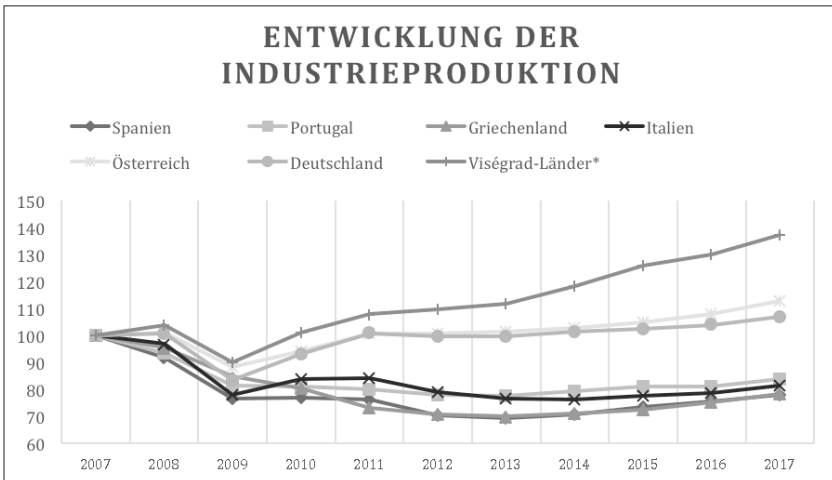


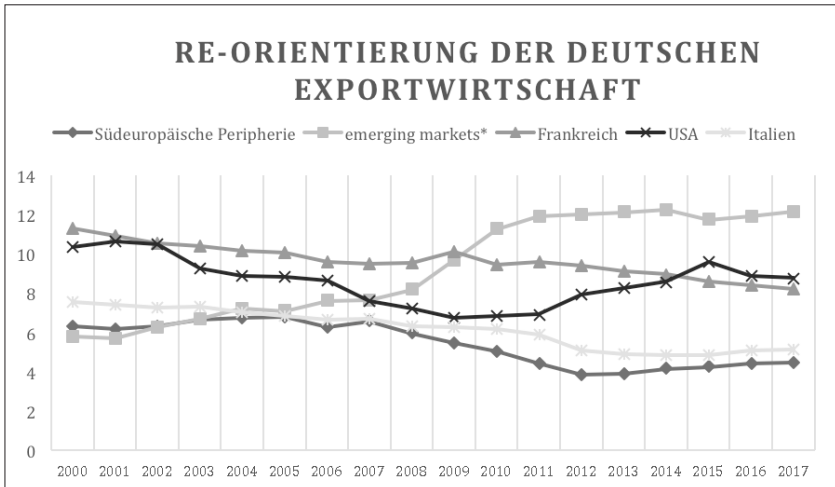
Abbildung 2: Industrieproduktion (ohne Baugewerbe), 2007 = 100, \*Durchschnitt, Quelle: OECD, eigene Berechnung.

(ECI) und dem Product Complexity Indicator (PCI) – ab. Gräbner u.a. (2017: 16ff.) zeigen, basierend auf dem PCI, dass der deutsche Anteil an den Exporten der EU einen überdurchschnittlich großen Anteil von Produkten hoher technologischer Komplexität aufweist, während sich beispielweise der spanische oder portugiesische Anteil an den Exporten der EU aus deutlich unterdurchschnittlich komplexen Produkten zusammensetzt. Dem entspricht, dass im internationalen, auf dem ECI basierenden Ranking zwischen 2000 und 2016 Portugal von Platz 32 auf Platz 36, Spanien von Platz 20 auf Platz 33 und Griechenland von Platz 47 auf Platz 58 absanken (CID 2018). Dies deutet nicht nur auf einen Abstieg der südeuropäischen Peripherie innerhalb der internationalen Arbeitsteilung hin. Da Länder wie Deutschland, Österreich, Schweden oder Finnland neben Japan, Südkorea und den USA nach wie vor über die komplexesten Produktionssysteme weltweit verfügen, lässt sich dies als Anhaltspunkt für die Polarisierung innerhalb der europäischen Arbeitsteilung interpretieren.

Eine entgegengesetzte Entwicklung zeigt sich bei den Ländern der sogenannten Visegrád-Gruppe, also Polen, Ungarn, der Slowakei und der Tschechischen Republik (siehe Becker in diesem Heft). Die Industrieproduktion entwickelte sich hier noch schneller als in Deutschland und Österreich und ist inzwischen gegenüber dem Vorkrisenniveau um mehr als ein Drittel gewachsen (vgl. Abb. 2), wenn auch auf der Grundlage wachsender interner Polarisierung (Hürtgen 2015). In der auf dem ECI basierenden Rangliste hielten die Visegrád-Länder ihre Position oder stiegen sogar leicht auf. Auch der Anteil der Bereiche Maschinen- und Fahrzeugbau, Elektrotechnik und chemische Industrie stieg von durchschnittlich 57 auf

59,6 Prozent, in der Slowakei sogar von 57 auf 64,7 Prozent (UN 2018). Da es sich hierbei jedoch überwiegend um den Export von Zwischengütern innerhalb von Produktionsketten handelt, deuten diese Indikatoren weniger auf eine dominante Stellung in der europäischen Arbeitsteilung als vielmehr auf die Einbindung in das deutsche Produktionssystem und Exportmodell hin.

Dieser Entwicklung entsprechen tiefgreifende Umbrüche in der Regionalstruktur des Außenhandels innerhalb der Eurozone. So hat die südeuropäische Peripherie als Absatzmarkt für deutsche Exporte relativ und absolut an Bedeutung verloren, auch wenn sich aktuell wieder eine leichte Erhöhung des Strukturanteils der südeuropäischen Peripherie abzeichnet. Gleichzeitig verlagern sich die deutschen Exporte zunehmend auf die Schwellenländer – eine Entwicklung, die bereits vor der Krise einsetzte, durch den krisen- und austeritätspolitischen Nachfrageeinbruch in der Eurozone jedoch verstärkt wurde (Abb. 3). Von dieser Entwicklung profitieren wiederum Teile der mittel- und osteuropäischen Peripherie, welche durch Direktinvestitionen und Offshoring in das deutsche Produktionssystem und Exportmodell eingebunden sind (Simonazzi u.a. 2013; vgl. Gräbner u.a. 2017).



*Abbildung 3:* Anteile verschiedener Länder(gruppen) an den gesamten Exporten Deutschlands in Prozent; emerging markets\* = China (inkl. Hong Kong), Indien, Brasilien, Indonesien, Südkorea, Türkei; Quelle: IWF Direction of Trade Data, eigene Berechnung.

Vergleicht man zudem die Entwicklung der Anteile der südeuropäischen Peripherie und der Visegrád-Gruppe an den Importen der größten Volkswirtschaften der Eurozone und der gesamten Eurozone seit 2000 (Abb. 4), so wird deutlich,

dass die Visegrád-Länder seit Ausbruch der Krise – mit der Ausnahme Polens – noch tiefer in das deutsche Produktionssystem integriert wurden. Demgegenüber stieg lediglich in Italien und – mit wechselnder Tendenz – auch Frankreich der Importanteil der südeuropäischen Peripherie, während ihre Anteile an den Importen der gesamten Eurozone stagnieren und ihre Anteile an den Importen Deutschlands – trotz aktuell wieder leicht steigender Tendenz – vergleichsweise niedrig blieben.

So ergibt sich einerseits die Tendenz, dass die südeuropäische Peripherie aus der Perspektive des dominanten deutschen Produktionssystems weiter marginalisiert bleibt bzw. sich diese relative Marginalisierung mit Blick auf die Bedeutung der südeuropäischen Peripherie als Absatzmarkt für deutsche Exporte sogar verschärft. Andererseits zeichnet sich eine Verstärkung der bereits länger bestehenden Dualisierungstendenz zwischen Nord(-Ost)- und Südeuropa ab: Während sich jeweils die Handelsbeziehungen innerhalb des südeuropäischen Blocks (inklusive Frankreichs) sowie innerhalb des Blocks um das deutsche Produktionssystem und seine Zuliefererökonomien vertiefen, verlieren die Wirtschaftsbeziehungen zwischen diesen Blöcken relativ an Bedeutung.

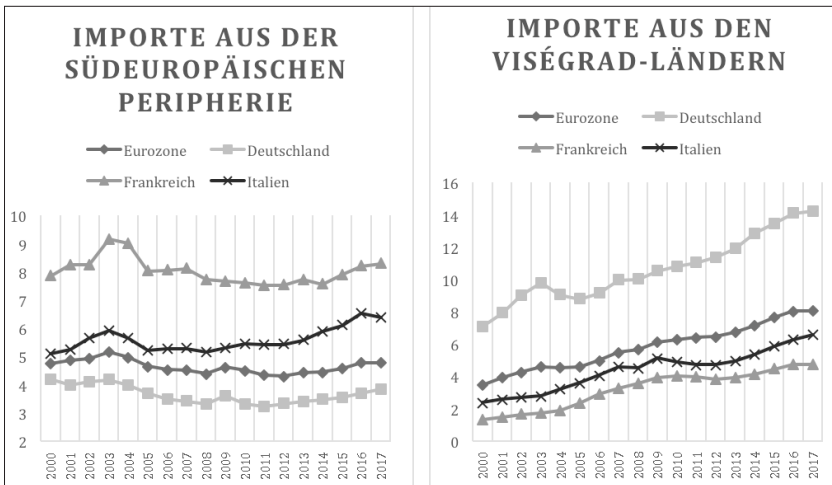


Abbildung 4: Importe aus der südeuropäischen Peripherie und den Visegrád-Ländern als prozentualer Anteil an den gesamten Importen, Quelle: IWF Direction of Trade Data, eigene Berechnung.

Auf politischer Ebene bedeutet dies eine relative Schwächung Südeuropas und folglich auch eine wachsende Asymmetrie in der für den bisherigen europäischen Integrationsprozess konstitutiven deutsch-französischen Achse (Heine/Sablowski 2015; Schneider/Syrovatka 2017). Darüber hinaus steht hinter dem politischen

Bedeutungszuwachs der Visegrád-Länder auch eine medial weit weniger beachtete ökonomische Gewichtsverlagerung von Süden nach Osten. Dieser Bedeutungszuwachs hängt seinerseits jedoch stark von den Entwicklungsmustern des deutschen Produktionssystems ab, was wiederum den politischen Handlungsspielraum der Visegrád-Länder – besonders jenen der stärker außenorientierten Slowakei, Ungarns und der Tschechischen Republik – einschränkt (vgl. Becker in diesem Heft).

#### 4. Italien als neuer Verdichtungspunkt der Widersprüche?

Trotz des Rückgangs der Ungleichgewichte in der Leistungsbilanz bestehen innerhalb der Eurozone also tieferliegende Muster ungleicher Entwicklung weiter. Die für den Prozess europäischer Wirtschaftsintegration wohl entscheidende Nord-Süd-Spaltung bleibt bestehen. Nachdem die Krisen in Griechenland, Portugal und Spanien einigermaßen eingedämmt wurden, verdichten sich die Widersprüche dieser ungleichen Entwicklung aktuell insbesondere in Italien. Anders als bei Portugal, Spanien oder Griechenland lässt sich für Italien auf den ersten Blick kein signifikanter Abstieg in der internationalen Arbeitsteilung feststellen. Auf der ECI-Rangliste stand Italien im Jahr 2000 auf Platz 13, im Jahr 2016 auf Platz 16. Der kombinierte Anteil der chemischen Industrie und des Maschinen- und Fahrzeugbaus an den italienischen Exporten ist seit dem Beginn der jüngsten Krise sogar leicht gestiegen – von 47,1 Prozent im Jahr 2007 auf 48,7 Prozent im Jahr 2016. Dennoch weist der Einbruch der Industrieproduktion darauf hin, dass wir es auch in Italien mit einer Tendenz zur Aushöhlung des Produktionssystems zu tun haben.

Italien nimmt in der Hierarchie der europäischen Arbeitsteilung eine Zwischenposition zwischen Deutschland und den peripheren Ländern Ost- und Süd-europas ein. Das Land weist einen ähnlich breit gefächerten Produktionsapparat auf wie Deutschland, wobei „traditionelle“ Branchen der Konsumgüterproduktion wie Bekleidung, Schuhe, Lederartikel, Möbel, Lebensmittel ein stärkeres Gewicht haben. Auch im Maschinenbau ist Italien stark, wobei dieser nicht so breit gefächert ist wie in Deutschland und stärker auf die traditionell im Land starken Sektoren der Leichtindustrie bezogen ist. In der Fahrzeugproduktion, dem Maschinenbau, der chemischen und pharmazeutischen Industrie konkurriert Italien mit Ländern wie Deutschland, Frankreich, Japan oder den USA, während es in den „traditionellen“ Branchen der Leichtindustrie mit der wachsenden Konkurrenz peripherer, sich neu industrialisierender Länder konfrontiert ist. Die italienischen Produzenten konnten ihre Konkurrenzfähigkeit lange trotz ihrer „Sandwichposition“ verteidigen. In Italien entstanden u.a. in einer Reihe von Branchen industrielle Distrikte, d.h. räumlich verdichtete Netzwerke flexibel



spezialisierter kleiner und mittlerer Unternehmen, die entlang von Warenketten intensive Kooperationsbeziehungen und eine hohe Anpassungsfähigkeit an sich verändernde Marktbedingungen entwickelten.

Seit den 1990er Jahren haben sich die Konkurrenzbedingungen durch die Transformationen in Osteuropa und China sowie durch die WWU jedoch gravierend geändert. So gerieten italienische Produzenten zunehmend unter Druck, nachdem die Möglichkeit zur Abwertung der eigenen Währung entfiel. So sind italienische Produzenten aufgrund ihres Spezialisierungsprofils mit einer relativen Überbewertung des Euro konfrontiert. Der Kostensenkungsdruck wird dadurch verstärkt. Nicht nur Großunternehmen, auch kleine und mittlere Unternehmen haben in Italien mit Produktionsverlagerungen ins Ausland, primär nach Osteuropa reagiert. Zwar sind die Wachstumsraten der Direktinvestitionen italienischer Unternehmen im Ausland in den Krisenjahren 2008–2012 gegenüber der Phase 2003–2008 zurückgegangen, im gesamten Zeitraum lagen sie aber höher als die Wachstumsraten der ausländischen Direktinvestitionen Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens (Heine 2015: 40ff.)<sup>13</sup>. Während Niedriglohnstandorte wie Algerien, Ägypten und Polen schon länger wichtige Zielgebiete italienischer Direktinvestitionen sind, weisen italienische Direktinvestitionsbestände in Ländern wie Albanien, Bulgarien, Kroatien, Rumänien, Serbien, Ungarn, der Tschechischen Republik und der Türkei in den letzten Jahren hohe Wachstumsraten auf (Banca d'Italia 2017). In Serbien sind italienische Unternehmen beispielsweise gemessen an der Anzahl der Investitionsprojekte und am Wert der ausländischen Direktinvestitionen die größten Investoren (RAS 2017: 4). Neben einem Joint Venture von Fiat-Chrysler in der Automobilfertigung sowie Banken und Versicherungen sind es hier vor allem Unternehmen aus der Textil- und Bekleidungsindustrie, die in Serbien investiert haben (Radenković 2016: 33). In dem Maße, in dem ausländische Produktionsstandorte in die Produktionsketten italienischer Unternehmen und ihrer Zulieferer eingebunden werden, werden die Produktionsnetzwerke in Italien löchriger. Während Italien lange Zeit ähnlich wie Deutschland ein außergewöhnlich hohes Niveau industrieller Beschäftigung aufrechterhalten konnte, scheint sich jetzt auch hier ein Trend der partiellen Deindustrialisierung durchzusetzen.

---

13 Ausländische Direktinvestitionen werden aus unterschiedlichen Motiven vorgenommen. Ein großer Teil dient der Markterschließung oder erfolgt im Zuge von Fusionen und Übernahmen, spielt sich also primär zwischen den kapitalistischen Zentren ab. Nur ein Teil der Direktinvestitionen erfolgt aus Gründen der Kostensenkung bzw. in Form des Aufbaus neuer Produktionsstätten („greenfield investments“). Insofern sind die Zahlen zu den ausländischen Direktinvestitionen für das hier interessierende Problem nur eingeschränkt aussagekräftig.

In der verarbeitenden Industrie sind zwischen 2001 und 2011 fast eine Million Arbeitsplätze verloren gegangen (von 4,8 Millionen auf knapp 3,9 Millionen.). Von ca. 527.000 Betrieben sind mehr als 100.000 in diesem Zeitraum verschwunden. Besonders ausgeprägt waren die Arbeitsplatzverluste in der Textil- und Bekleidungsindustrie (von mehr als 600.000 Arbeitsplätzen auf weniger als 370.000). Insgesamt waren die Arbeitsplatzverluste in den „traditionellen“ Branchen der Leichtindustrie größer als etwa im Fahrzeugbau oder Maschinenbau (Istat 2011).

Diese ökonomischen Transformationen bilden den Hintergrund für die politischen Krisenerscheinungen und die Umbrüche im italienischen Parteiensystem sowie für das Wachstum jener Kräfte, die einen Austritt Italiens aus der WWU anstreben. Italien könnte insofern nicht nur zum Verdichtungs-, sondern auch zum Eskalationspunkt der Widersprüche europäischer Krisenbearbeitung werden: Anders als im Zentrum der Eurozone wenden sich relevante Kapitalfraktionen in Italien vom Euro ab, gleichzeitig würde ein Ausscheiden aus der Eurozone – anders als ein „Grexit“ – allein schon aufgrund der Größe der italienischen Ökonomie das Fortbestehen der WWU als solche infrage stellen.

## 5. Schlussfolgerungen

Wie im ersten Abschnitt dieses Textes anhand der Europäisierung der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik dargestellt, kann durchaus davon gesprochen werden, dass die Krise zu einem neuen Schub der Vertiefung der europäischen Integration geführt hat. Auch Politikfelder, die nach den europäischen Verträgen eigentlich explizit Gegenstand nationaler und nicht europäischer Regelung sind, werden zunehmend den sanktionsbewehrten Koordinierungsmechanismen auf EU-Ebene unterworfen. Die neoliberale Integrationsweise hat sich dabei nicht substantiell verändert; neoliberale Politik wurde vielmehr radikalisiert und zunehmend autoritär durchgesetzt. Die Austeritätspolitik soll durch diese Krisenbearbeitung gleichsam auf Dauer gestellt werden, und dies nicht nur für die von europäischen Krediten abhängigen Länder, sondern für alle EU-Mitgliedstaaten.

Bei der Interpretation dieses Sachverhalts sollte man allerdings nicht verkennen, dass die Austeritätspolitik keineswegs nur der EU geschuldet ist, sondern als Teil des kapitalistischen Krisenmanagements eine gewisse Zwangsläufigkeit besitzt: Für die Kapitalistenklassen und ihre Intellektuellen und politischen VertreterInnen ist es naheliegend, auf die Austeritätspolitik zurückzugreifen, um auf Kosten der Lohnabhängigen die sich ausweitende Staatsverschuldung einzudämmen und die Profitabilität des Kapitals wiederherzustellen. In jeder großen Krise kommt es zu ähnlichen Prozessen. Erinnerung sei etwa an Brünnings Deflationspolitik in den 1930er Jahren. Und auch in den 1970er Jahren folgte,

ähnlich wie in der jüngsten Krise auf eine erste, „keynesianische“ Phase des Krisenmanagements der Übergang zur Austeritätspolitik – Anfang der 1980er Jahre war vom „monetaristischen Schock“ die Rede. Insofern muss die europäische Krisenpolitik als eine Variante eines allgemeineren Prozesses begriffen werden. Isabel Ortiz u.a. (2015) zeigen, dass Maßnahmen wie das Einfrieren oder die Senkung der Löhne, die Erhöhung der Konsumsteuern, Rentenreformen, Arbeitsmarktreformen, Gesundheitsreformen und Privatisierungen in zahlreichen Ländern weltweit im Anschluss an die jüngste Krise durchgesetzt wurden bzw. noch geplant sind. Allerdings ist die Austeritätspolitik in der EU nicht bloß Krisenpolitik, sondern hat gleichsam Verfassungscharakter angenommen. Sie ist auch Ausdruck der Generalisierung des neomerkantilistischen Wachstumsmodells, das von der herrschenden Klasse in Deutschland vorexerziert wird. Dieses wird mit der Krisenbearbeitung gewissermaßen von der nationalen auf die EU-Ebene transponiert.

Die sich nicht nur in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, sondern auch beim Grenzschutz, der polizeilichen und geheimdienstlichen Zusammenarbeit und in der Militärpolitik abzeichnende Vertiefung der europäischen Integration ist allerdings nur eine Seite der Medaille. Während die europäische Integration gerade in ihrer autoritären und repressiven Form voranschreitet, werden die inneren Widersprüche und Desintegrationstendenzen der EU durch das Krisenmanagement keineswegs überwunden, sondern lediglich verschoben und in anderer Form reproduziert. So wurden die Zahlungsbilanzungleichgewichte zwar teilweise abgebaut, und zahlreiche Länder, die noch vor einigen Jahren Leistungsbilanzdefizite aufwiesen, verzeichnen nun Leistungsbilanzüberschüsse. Aber unterhalb der Oberfläche von Zahlungsbilanzstatistiken hat sich die hierarchische Arbeitsteilung innerhalb der EU vertieft. Auf diese Weise setzen sich jene Tendenzen fort, die zur Eurokrise beigetragen haben – und dies mitunter sogar in verschärfter Form: Die periphere Integration Osteuropas in die europäische Arbeitsteilung, die in den Visegrád-Staaten durchaus mit einem Aufholprozess und einer – wenn auch in vieler Hinsicht problematischen – zunehmend selbstbewussten Interessenartikulation verbunden ist, korrespondiert mit einer Fortsetzung des tendenziellen Abstiegs der südeuropäischen Peripherie und einer Vertiefung der Nord-Süd-Spaltung der Eurozone. Diese Spaltung schlägt sich auch in wachsenden Lohndifferenzen und Differenzen in den Lebensbedingungen zwischen den südeuropäischen Krisenländern und dem Norden der EU nieder. Insgesamt lässt sich also keineswegs von einem Konvergenzprozess sprechen; die Divergenzen haben lediglich ihre Form gewechselt und zeigen sich jetzt in anderer Weise.

Auf politischer Ebene ist dies in Südeuropa mit einer tiefgreifenden Erosion der traditionellen Parteiensysteme verbunden. Konnten die herrschenden

Klassen die Folgen dieser politischen Erschütterungen bisher – wie im Falle Griechenlands – einigermaßen eindämmen, so könnten die aktuellen Umbrüche in Italien aufgrund der Größe und Stellung des Landes schnell auf die WWU als Ganze durchschlagen und den Fortbestand der Eurozone insgesamt infrage stellen. Aber auch die bisher erfolgreiche neomerkantilistische Strategie des Blocks exportorientierter Zentrumsökonomien um Deutschland selbst stößt zunehmend an Grenzen. Die Abhängigkeit von einer stabilen, von den USA sanktionierten Freihandelsordnung und von der auf Verbrennungsmotoren spezialisierten Automobilbranche, die in den letzten Jahrzehnten noch gewachsen ist, erweist sich nun als Achillesferse des deutschen Exportmodells. Der sich anbahnende Handelskrieg mit den USA zeigt, dass diese neomerkantilistische Politik auf Dauer nicht funktioniert, weil mächtige Handelspartner wachsende Leistungsbilanzdefizite im Austausch mit Deutschland längerfristig nicht hinnehmen werden. Dies könnte wiederum Spannungen und Widersprüche innerhalb der WWU vertiefen. Denn einerseits würde dann der europäische Binnenmarkt für Deutschland wieder an Bedeutung gewinnen, nachdem er seit den 1990er Jahren an Bedeutung verloren hat. Andererseits fehlt hierfür jedoch aufgrund der austeritätspolitischen Krisenbearbeitung die effektive Nachfrage – und deren Ausweitung über verstärkte Kreditschöpfung und Kapitalzuflüsse aus dem Ausland würde wiederum in eine Situation langfristiger nicht tragfähiger Zahlungsbilanzungleichgewichte führen. Ob der mögliche neuerliche Bedeutungszuwachs des europäischen Binnenmarktes die Bereitschaft des deutschen Machtblocks erhöht, auf die französische Position einzugehen und gemeinschaftlichen Transfer- und Haftungsmechanismen bei der Vertiefung der WWU zuzustimmen, um die Wirtschaftsentwicklung Südeuropas zu stabilisieren (Schneider/Syrovatka 2017), lässt sich derzeit noch nicht absehen. Aktuell scheinen sich die Widersprüche innerhalb der WWU auf politischer Ebene vielmehr in zunehmenden Spannungen im deutsch-französischen Verhältnis zu entladen. Denn während Deutschland auf Frankreich angewiesen ist, um im Rahmen der EU mit entsprechendem handelspolitischem Gewicht mit den USA verhandeln zu können, weist Frankreich ähnlich wie die USA ein hohes Leistungsbilanzdefizit mit Deutschland auf.

Die ökonomische Krise wurde also kurzfristig insbesondere auf Kosten der Lohnabhängigen in Südeuropa gelöst. Die ihr zugrundeliegenden Widersprüche wurden jedoch lediglich verlagert und verdichten sich aktuell insbesondere in Italien. Trotz und gerade wegen ihrer Vertiefung wird die europäische Wirtschaftsintegration in ihrer aktuell dominanten Form zunehmend fragiler.

## Literatur

- Banca d'Italia (2017): *Investimenti diretti per paese controparte*. URL: <https://bit.ly/2zHRiS4>. Zugriff: 15.7.2018.
- Becker, Joachim/Jäger, Johannes/Weissenbacher, Rudy (2015): Uneven and dependent development in Europe: The crisis and its implications. In: Jäger, Johannes/Springler, Elisabeth (Hg.): *Asymmetric Crisis in Europe and Possible Futures*. London: 81–97.
- Bieling, Hans-Jürgen/Buhr, Daniel (2015): Welten der Krise in vergleichender Perspektive. In: Bieling, Hans-Jürgen/Buhr, Daniel (Hg.): *Europäische Welten in der Krise. Arbeitsbeziehungen und Wohlfahrtsstaaten im Vergleich*. Frankfurt a.M.: 327–351.
- Center for International Development Harvard University (CID) (2018): *Atlas of Economic Complexity*. URL: <https://bit.ly/LRERFz>. Zugriff: 15.7.2018.
- Coelho, Vítor (2018): *Relatório Anual da Negociação Colectiva 2017*. Lissabon.
- Deubner, Christian/Rehfeld, Udo/Schlupp, Frieder/Ziebura, Gilbert (Hg.) (1979): *Die Internationalisierung des Kapitals*. Frankfurt a.M.
- Deutsche Bundesbank (2017): *German balance of payments in 2016*. Frankfurt a.M.
- (2018): Lohnwachstum in Deutschland: Einschätzung und Einflussfaktoren der jüngeren Entwicklung. In: *Monatsbericht der Deutschen Bundesbank* 70(4): 13–28.
- Dosi, Giovanni/Fagiolo, Giorgio/Napoletano, Mauro/Roventini, Andrea/Treibich, Tania (2015): Fiscal and monetary policies in complex evolving economies. In: *Journal of Economic Dynamics and Control* 52: 166–189.
- Eichhorst, Werner/Tobsch, Verena (2017): Atypische Beschäftigung in Europa. In: *WSI-Mitteilungen* 70(1): 62–69.
- Erne, Roland (2015): European Economic Governance. Auf dem Weg zu einer erzwungenen Integration nationaler Arbeitsbeziehungen? In: Pernicka, Susanne (Hg.): *Horizontale Europäisierung im Feld der Arbeitsbeziehungen*. Wiesbaden: 183–200.
- Europäische Kommission (COM) (2012): *Labour Market Developments in Europe*. European economy. Luxemburg.
- (2015): *Europäischer Struktur- und Investitionsfonds 2014–2020. Offizielle Texte und Kommentare*. Regionalpolitik und Stadtentwicklung. Luxemburg.
- Europäische Zentralbank (EZB) (2011): *Interview with Jean-Claude Trichet, President of the European Central Bank, conducted by Marika De Feo, Corriere della Sera*. URL: <https://bit.ly/2JKqS25>.
- (2017): *Recent developments in the euro area current account balance*. URL: <https://bit.ly/2uAyI8O>. Zugriff: 15.7.2018.
- Gräbner, Claudius/Heimberger, Philipp/Kapeller, Jakob/Schütz, Bernhard (2017): *Is Europe disintegrating? Macroeconomic divergence, structural polarization, trade and fragility*. ICAE Working Paper Series. Linz.
- Heine, Frederic (2015): *Der europäische Kapitalismus im Ungleichgewicht. Internationalisierungsdynamiken und innereuropäische Machtverhältnisse in der Krise der Eurozone*. RLS-Studie 02/2015. Berlin.
- Heine, Frederic/Sablowski, Thomas (2015): Zerfällt die Europäische Währungsunion? Handels- und Kapitalverflechtungen, Krisenursachen und Entwicklungsperspektiven der Eurozone. In: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaften* 45(4): 563–592.
- Hong, Gee Hee/Kóczán, Zsóka/Lian, Weicheng/Nabar, Malhar (2018): *More Slack than Meets the Eye?, WP/18/50, March 2018. Recent Wage Dynamics in Advanced Economies*. IMF Working Paper. Washington DC.
- Hürtgen, Stefanie (2015): *Das Konzept der strukturellen Heterogenität und die Analyse fragmentierter Wachstums-gesellschaften in Europa*. Working Paper der DFG-KollegforscherInnengruppe Postwachstumsgesellschaften. Jena.

- INE (2017): *H ελληνική οικονομία και η απασχόληση. Ετήσια Εκθεση 2017*. Athens.
- Istituto nazionale di statistica (Istat) (2011): *Censimento industria e commercio*. URL: <https://bit.ly/1HtyWCc>. Zugriff: 15.7.2018.
- Keune, Maarten (2016): Weniger Steuerungsmöglichkeiten und mehr Ungleichheit. Der Angriff auf die Tarifvertragssysteme in der EU und seine Folgen. In: Müller, Torsten/Schulten, Thorsten/van Gyes, Guy (Hg.): *Lohnpolitik unter europäischer „Economic Governance“. Alternativen Strategien für inklusives Wachstum*. Hamburg: 209–220.
- Komposopoulos, Jannis (2015): Irland; Alles beim Alten? In: Bieling, Hans-Jürgen/Buhr, Daniel (Hg.): *Europäische Welten in der Krise. Arbeitsbeziehungen und Wohlfahrtsstaaten im Vergleich*. Frankfurt a.M.: 217–242.
- Lindner, Fabian (2017): *Die deutschen Überschüsse in der Leistungsbilanz: Hohe Wettbewerbsfähigkeit oder zu schwache Nachfrage?* URL: <https://bit.ly/2LkbTNQ>. Zugriff: 15.7.2018.
- Lübker, Malte/Schulten, Thorsten (2017): Europäischer Tarifbericht des WSI – 2016/2017. In: *WSI-Mitteilungen* 70(6): 421–431.
- Meardi, Guglielmo (2014): Arbeitsbeziehungen in der Zerreißprobe? Reformen in Italien und Spanien während der Großen Rezession. In: *WSI-Mitteilungen* 67(6): 430–438.
- Milios, John/Sotiropoulos, Dimitris P. (2010): Crisis of Greece or crisis of the euro? A view from the European ‘periphery’. In: *Journal of Balkan and Near Eastern Studies* 12(3): 223–240.
- Müller, Torsten (2015): Die Troika: Kontrolle der Kontrolleure. In: Alemann, Ulrich von et al. (Hg.): *Ein soziales Europa ist möglich*. Wiesbaden: 261–284.
- Müller, Torsten/Platzer, Hans-Wolfgang (2016): Gewerkschaften und Arbeitsbeziehungen im Europa der Krise. Strukturdaten und Entwicklungstrends im Vergleich. In: Bsirske, Frank et al. (Hg.): *Gewerkschaften in der Eurokrise. Nationaler Anpassungsdruck und europäische Strategien*. Hamburg: 10–44.
- Müller, Torsten/Schulten, Thorsten (2018): Ein Ende des lohnpolitischen Interventionismus? Perspektiven für eine lohnpolitische Neuorientierung in Europa. In: Soukup, Nikolai (Hg.): *Kurswechsel in Richtung eines sozialen Europa. Perspektiven für eine Stärkung der sozialen Dimension der EU*. Wien: i.E.
- Ortiz, Isabel/Cummins, Matthew/Capaldo, Jeronim/Karunanethy, Kalaivani (2015): *The Decade of Adjustment: A Review of Austerity Trends 2010–2020 in 187 Countries. Extension of Social Security Series*. ESS Working Paper. Genf. URL: <https://bit.ly/2uDI4AO>. Zugriff: 15.7.2018.
- Radenković, Ivan (2016): *Foreign direct investments in Serbia*. Belgrad. URL: <https://bit.ly/2uxxaMT>. Zugriff: 15.7.2018.
- Razvojnja agencija Srbije (RAS) (2017): *Why invest in Serbia?* URL: <https://bit.ly/2zI4BC6>. Zugriff: 17.5.2018.
- Rödl, Florian (2012): EU im Notstandsmodus. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 55(5): 5–8.
- Schlupp, Frieder (1979): Internationalisierung und Krise — das „Modell Deutschland“ im metropolitanen Kapitalismus. In: *Leviathan* 7(1): 12–35.
- Schneider, Etienne (2017): *Raus aus dem Euro – rein in die Abhängigkeit? Perspektiven und Grenzen alternativer Wirtschaftspolitik außerhalb des Euro*. Hamburg.
- Schneider, Etienne/Syrovatka, Felix (2017): Die Zukunft der europäischen Wirtschaftsintegration. Blockierte Vertiefung und wachsende Asymmetrie zwischen Frankreich und Deutschland. In: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaften* 47(189): 653–673.
- Schulten, Thorsten (2012): Stellenwert der Allgemeinverbindlichkeitserklärung für die Tarifvertragssysteme in Europa. In: *WSI Mitteilungen* Nr. 7: 485–495.
- Schulten, Thorsten/Müller, Torsten (2013): Ein neuer europäischer Interventionismus? Die Auswirkungen des neuen Systems der europäischen Economic Governance auf Löhne und Tarifpolitik. In: *Wirtschaft und Gesellschaft* 39(3): 291–321.

- Seikel, Daniel (2017): Verrechtlichung und Entpolitisierung marktschaffender Politik als politikfeldübergreifender Trend in der EU. In: *Leviathan* 45(3): 335–356.
- Silva, António Dias da/Givone, Audrey/Sondermann, David (2017): *When do countries implement structural reforms?* ECB Working Paper Series. Nr. 2078. Frankfurt a.M.
- Simonazzi, Annamaria/Ginzburg, Andrea/Nocella, Gianluigi (2013): Economic relations between Germany and southern Europe. In: *Cambridge Journal of Economics* 37(3): 653–675.
- Storm, Servaas/Naastepad, C.W.M. (2015): Europe's Hunger Games: Income Distribution, Cost Competitiveness and Crisis. In: *Cambridge Journal of Economics* 39(3): 959–986.
- Syrovatka, Felix (2016): *Die Reformpolitik Frankreichs in der Krise*. Wiesbaden.
- (2018): Arbeitsmarktregulierung unter Beschuss. Die neue europäische Arbeitsmarktpolitik am Beispiel der Reformpolitik Frankreichs unter Francois Hollande. In: *Industrielle Beziehungen* 25(1): 82–104.
- Tacchella, Andrea/Cristelli, Matthieu/Caldarelli, Guido/Gabrielli, Andrea/Pietronero, Luciano (2012): A New Metrics for Countries Fitness and Products Complexity. In: *Scientific Reports* 2; 723: 1–7.
- Ulber, Jürgen (2010): Die Richtlinie zur Leiharbeit. In: *Arbeit und Recht* 58(1): 10–15.
- United Nations (UN) (2018): *Comtrade Database*. New York.
- van Gyes, Guy/Vandekerckhove, Sem (2016): Tariflohnstatistiken in Europa. Methodische Schwierigkeiten beim europäischen Vergleich von Tariflöhnen. In: Müller, Torsten/Schulten, Thorsten/van Gyes, Guy (Hg.): *Lohnpolitik unter europäischer „Economic Governance“*. *Alternative Strategien für inklusives Wachstum*. Hamburg: 20–39.
- Voss, Eckhard/Vitols, Katrin (2013): Leiharbeit in Europa: zwischen Flexibilität und Sicherheit. In: *WSI-Mitteilungen* 66(8): 580–587.
- Weissenbacher, Rudy (2012): Berlusconi mit guten Manieren. Anmerkungen zur Regierungs-umbildung in Italien. In: *Kurswechsel* Nr. 2: 68–75.

